

Publizist Kazimierz Wójcicki zu Gast bei Kulturforum Südl. Bergstraße

## „Mehrheit der polnischen Bevölkerung begrüßt die Zugehörigkeit zur EU“

An der Ostgrenze Polens drängen sich zurzeit rund 3.000 überwiegend syrische Migranten auf einem schmalen Grenzstreifen, in der Hoffnung irgendwann weiterreisen zu dürfen. Ihr Ziel ist Deutschland oder ein anderes westliches Land, das ihnen Asyl gewährt.

Sie werden in sogenannten „Pushbacks“ (Zurückstoßen) von polnischen und weißrussischen Grenzbeamten und Soldaten hin- und hergeschickt, teilweise unter Schlägen und Folterung. Dies berichtete der polnische Oppositionspolitiker und Publizist Kazimierz Wójcicki, der im Kulturhaus über die gegenwärtige politische Lage in seinem Heimatland referierte. Der ehemalige außenpolitische Berater des früheren polnischen Ministerpräsidenten Mazowiecki war auf Einladung des Kulturforums Südliche Bergstraße nach Wiesloch gekommen.

### Politisch engagiert

Wójcicki studierte, teilweise auch in Freiburg, Mathematik, Philosophie und Politologie und spricht fließend Deutsch. Zeit seines Lebens engagiert er sich für die Aussöhnung und enge wirtschaftliche, kulturelle und politische Beziehungen zwischen Polen und Deutschland. Es begann mit Kontakten zur DDR-Opposition, später führte er Forschungsprojekte durch, arbeitete als Journalist und organisierte Zusammenkünfte von Wissenschaftlern und Politikern der beiden Nachbarstaaten. Dabei hat er immer die gemeinsame europäische Geschichte im Blick, die Trennendes erklärt und Verbindendes freilegt. Seine Einstellung führte vor über 40 Jahren zur Bekanntschaft mit dem ehema-



Publizist Kazimierz Wójcicki vermittelte einen anderen Eindruck seines Heimatlandes, als bislang hierzulande bekannt ist und ein Großteil der Bevölkerung für die Zugehörigkeit zur Europäischen Union stimmt. Foto: Kulturforum

ligen Bundestagsabgeordneten und stellvertretenden Vorsitzenden des Kulturforums Gert Weisskirchen, mit dem ihn eine weitgehend übereinstimmende Bewertung der kulturpolitischen Trends in Europa verbindet.

### Unverständnis bei der Bevölkerung

Mittlerweile seien schon zehn Menschen in dem Sperrgebiet an der Grenze zwischen Polen und Weißrussland, zu dem weder Hilfsorganisationen noch Journalisten Zugang hätten, in der Kälte gestorben, berichtete Wójcicki den Zuhörern. Aber erst das Bild eines ertrunkenen kleinen Mädchens mit einem Teddybären im Arm hätten große Teile der Bevölkerung aufgebracht und einen Vertrauensverlust gegenüber der Regierung und der sie tragenden PiS-Partei (Recht und Gerechtigkeit) ausgelöst. Dies trifft allerdings nicht auf die Bewohner der ländlichen Grenzregion zu, die durch einen gigantischen Sozialtransfer weitgehend von ihrer Armut befreit worden sei.

### Historie

Die Opposition, die für eine freie Presse, unabhängige Justiz und ein humanitäres Verhalten gegenüber Migranten eintritt, habe es schwer, diesen Teil der Bevölkerung von ihrer so ganz anderen Politik zu überzeugen, was unter anderem in der Geschichte des Landes begründet sei. Bis Anfang des 20. Jahrhunderts hätten 98 Prozent der Bevölkerung als einfache Bauern in sklavenähnlicher Abhängigkeit von Großgrundbesitzern und Adel gelebt. Deren Freiheitskämpfe gegen die Großmächte Preußen, Österreich und Russland hätten die Bauern nie unterstützt, da es dabei nicht um ihre eigene Freiheit gegangen sei. Diese Einstellung habe sich bis heute gehalten und man glaube, dass der von polnischen Eliten

geführte Kampf um Rechtsstaatlichkeit und Humanität nicht in ihrem Interesse sei. Sie vertrauten stattdessen auf die Politik der PiS (Partei für Recht und Gerechtigkeit), die ihre wirtschaftlichen Verhältnisse verbessert, sie vor Migranten „schützt“ und Ängste gegen Russland schürt. Auch er sei der Meinung, dass Putin durchaus den von Lukaschenko provozierten Grenzkonflikt gutheiße, denn es liege ihm viel daran die EU in Schwierigkeiten zu bringen und zu destabilisieren. Aber so unberechenbar er auch sei, einen Krieg auszulösen, das traue er ihm nicht zu.

### Chancen für die Opposition

Für die Wahlen 2023 sieht Wójcicki, trotz der vorgetragenen Bedenken, gute Chancen für die Opposition, da die Regierung durch die hohe Inflation (7 %) an Vertrauen verloren habe und die große Mehrheit den gegenwärtigen europafeindlichen Kurs nicht für gut halte. Bei einer Umfrage hätten 90 Prozent der Bevölkerung die Zugehörigkeit zur EU befürwortet. Die Zuhörer erlebten einen sehr aufgeschlossenen Referenten, der sich am Ende gerne den Fragen des Publikums stellte. Die Vertreter des Kulturforums freuten sich über seine Zusage, bei der Planung und Organisation einer für das nächste Jahr ins Auge gefassten Polen-Reise mitzuarbeiten. (aot)